

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)

Waldshut-Tiengen,
24. November 2014

Beginn der Sitzung: 18:20 Uhr
Ende der Sitzung: 22:20 Uhr

Ort: Tiengen, Öffentliche
Evangelisches Gemeindehaus Sitzung

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, weist auf seine in den Vorjahren genannte Bitte hin, den Tagesordnungspunkt „Haushalt“ an den Anfang der Tagesordnung zu setzen und beantragt, den Punkt „Haushalt“ auf Punkt 4 der Tagesordnung vorzuziehen.

Oberbürgermeister Albers begründet die Reihenfolge der Tagesordnung damit, dass zu den ersten drei Tagesordnungspunkten auswärtige Gäste anwesend seien und sich die Ergebnisse der Punkte 4 bis 6 auf den Haushalt 2015 auswirken würden. Er stellt Einverständnis fest, die Reihenfolge der Tagesordnung zu belassen.

152.

Kommunales Klimaschutzkonzept: Vorstellung der Energiepotenzialstudie durch Badenova

Oberbürgermeister Albers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Wagner von Badenova, der die beigefügte Tischvorlage mit den Ergebnissen der Energie-Potenzialstudie anhand einer Präsentation erläutert.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Energiepotenzialstudie zur Kenntnis und beschließt auf Basis des Zuwendungsbescheids vom 10.09.2014, die Badenova mit der Erarbeitung des Klimaschutzkonzepts zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

153.

Ärztehaus für Waldshut: Zustimmung zum Bauprojekt auf einem Teilbereich des Parkplatzes Hochrhein Sporthalle

Oberbürgermeister Albers informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss, der die Pläne für ein Ärztehaus in Waldshut befürwortet. Er begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Gerhard Harmel als Projektentwickler und Architekt Michael Duffner.

Herr Harmel erläutert den Bedarf für ein Ärztehaus in zentraler Lage, was ihn auf die Idee für dieses Projekt gebracht hätte.

Architekt Duffner stellt anhand der beigefügten Präsentation das Projekt „Ärztehaus Waldshut“ vor.

Der Oberbürgermeister unterstreicht das Interesse der Stadt an diesem Projekt außerdem mit nachfolgenden Punkten:

- es würden unterirdisch mehr Stellplätze geschaffen, als oberirdisch wegfallen
- es sei ohnehin notwendig, die Fußgängerunterführung barrierefrei umzubauen und in diesem Rahmen würde auch eine hochwertige Gestaltung des Eingangsbereiches der Waldtorstraße ermöglicht

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, regt eine Überprüfung an, ob eine Verbindung zwischen dem für das Ärztehaus vorgesehenen Lift in die Tiefgarage und der Fußgängerunterführung möglich wäre.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, regt unter Hinweis auf die Wohnraumknappheit an, das Ärztehaus mit einem weiteren Geschoss zu versehen.

Stadtplanerin Margit Ulrich erwidert, dass mit Blick auf die Stadtscheuer, die eingeschossig sei und ein hohes Dach hätte, und wegen der vorhandenen Höhe der Hochrhein-Sporthalle und des gegenüberliegenden Wohnhauses (Haus Albiez) eine 2-Geschossigkeit das äußerste sei, was städtebaulich vertretbar sei.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, regt an, in diesem Zusammenhang auch den Vorplatz und den Gehweg entlang der Stadtscheuer zu vergrößern.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat befürwortet den Bau eines Ärztehauses für Waldshut auf einem Teilbereich des Parkplatzes Hochrhein Sporthalle. Der Vergabe des Grundstückes an den Investor / Projektentwickler über Erbpacht wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

154.

Bildung einer gemeinsamen Grund- und Werkrealschule Tiengen – Lauchringen: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und berichtet über Gespräche mit den beteiligten Schulleitern. Er begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Schulamtsleiter Helmut Rüdlin und die künftige Schulleiterin Ulrike Stoll.

Herr Rüdlin weist auf den vorhandenen Rückgang der Schülerzahlen an den Werkrealschulen hin und meint außerdem, dass die Raumschaft Waldshut-Tiengen neben den beiden Gymnasien und beiden Realschulen eine weitere (5.) Sekundarschule mit stabilem Aufnahmepotenzial brauche, da an den 2 Gymnasien und 2 Realschulen die Aufnahmegrenzen erreicht seien.

Frau Stoll stellt sich kurz vor und erläutert das vorgesehene Konzept der gemeinsamen Schule. Auf Nachfrage antwortet sie, dass die Stammschule in Tiengen sei, dass sie aber tageweise auch an der Lauchringer Schule präsent sein werde.

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, weist auf die bisherige gute Zusammenarbeit zwischen Realschule Tiengen und Werkrealschule Lauchringen hin und befürwortet den Zusammenschluss. Bezüglich des vorgesehenen Namens „Hochrhein-Schule“ weist er auf die mögliche Verwechslungsgefahr mit dem „Hochrhein-Gymnasium“ hin und schlägt als Alternative „Steina-Schule“ vor.

Nach weiterer Erörterung schlägt Oberbürgermeister Albers vor, wegen eines anderen Namens mit der Gemeinde Lauchringen zu sprechen.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, erklärt, dass er sich auch eine innerstädtische Lösung durch einen Zusammenschluss der Hans-Thoma-Schule mit der Werkrealschule Gurtweil hätte vorstellen können. Inzwischen halte er den Zusammenschluss mit

Lauchringen für gut, weil der Bestand der Haupt- und Werkrealschule Gurtweil wegen der dort stattfindenden Inklusion als gesichert erscheine.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, unter Zugrundlegung des § 31 Schulgesetz (SchG) i.V.m. § 25 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit für Baden-Württemberg (GKZ) einer Zusammenlegung der Grund- und Werkrealschule Tiengen (Hans-Thoma-Schule) und der Werkrealschule Lauchringen zum 01.09.2015 zuzustimmen. Der von der Verwaltung vorgeschlagenen, beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wird ebenfalls zugestimmt mit der Maßgabe, dass der Schulname (§ 3) nach Abstimmung mit der Gemeinde Lauchringen noch festgelegt wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Anträge zu stellen. (Antrag auf Regionale Schulentwicklung nach den §§ 30 a bis e SchG, Antrag nach § 30 Schulgesetz auf Einrichtung einer Außenstelle in Lauchringen und § 31 Schulgesetz auf Bildung eines Schulverbandes bzw. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

155.

Städtebauliche Erneuerungsmaßnahme Innenstadt Tiengen:

Beginn der vorbereitenden Untersuchungen

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und weist auf mögliche Befangenheit von Gemeinderatsmitgliedern hin.

Stadtplanerin Margit Ulrich erläutert den Einzugsbereich der vorgesehenen Stadterneuerungsmaßnahme gemäß beigefügtem Lageplan und erörtert verschiedene Zuschussmöglichkeiten für einzelne Maßnahmen.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen nach § 141 BauGB für die Durchführung der Stadterneuerungsmaßnahme „Innenstadt Tiengen“. Der Beschluss bezieht sich auf den Teilbereich von Tiengen, welcher in dem beigefügten Abgrenzungsplan dargestellt ist.

Der Beschluss wird gemäß § 141 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Dabei ist auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB hinzuweisen.

Die Bearbeitung der vorbereitenden Untersuchungen wird an das Büro Wick & Partner, Stuttgart vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Stadtrat Markus Reckermann hat wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

156.

Kunstrasenplätze: Bewilligung von vorgezogenen Ausgaben

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt, dass dem Baufortschritt entsprechende Zahlungen für den Bau der Kunstrasenplätze, die ursprünglich erst für das Haushaltsjahr 2015 vorgesehen waren, in Höhe von 300.000 € auf das Haushaltsjahr 2014 vorgezogen werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

157.

Rechnungsprüfungsbericht für das Haushaltsjahr 2013: Vorstellung

Rechnungsprüfungsamtsleiter Wolfgang Ebner stellt in einer Folien-Präsentation den Rechnungsprüfungsbericht vor und berichtet über stichprobenweise durchgeführte Prüfungen in verschiedenen Sachgebieten der Verwaltung.

Oberbürgermeister Albers stellt fest, dass der Gemeinderat den Rechnungsprüfungsbericht für das Haushaltsjahr 2013 zur Kenntnis genommen hat.

Sitzungspause von 20:10 – 20:25 Uhr.

Vor Weiterführung der Tagesordnung erinnert Oberbürgermeister Albers an den in der vergangenen Woche nach einem Unfall verstorbenen Alt-Stadtrat Kurt Benda und würdigt dessen ehrenamtliches und kommunalpolitisches Engagement.

158.

Haushaltssatzung 2015 der Stadt Waldshut-Tiengen und Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung: Beschluss

Oberbürgermeister Albers erläutert das Ergebnis der Vorberatung im Verwaltungs- und Sozialausschuss und berichtet über die zum Haushalt stattgefundenen Bürgerversammlungen. Bezüglich Sanierung von Hallenbad und Freibädern weist er darauf hin, dass die erforderlichen Mittel in Höhe von etwa 7 Mio. € für Hallenbad und etwa 7 – 8 Mio. € für die Freibäder im Haushalt 2015 noch nicht enthalten seien und dass deren Finanzierung in den Folgejahren im Auge behalten werden müsse. Ob diese dann über Kredite erfolgen soll, hänge davon ab, ob die nächsten drei Jahre so gut abschließen würden wie die letzten.

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, lobt die vorgesehenen Maßnahmen und dass es keine Neuverschuldung und keine Steuererhöhungen geben würde. Er signalisiert Zustimmung seiner Fraktion – Änderungsanträge würden keine gestellt.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, regt bezüglich der vorgesehenen Bebauung auf dem Parkplatz Sulzerring ein weiteres Geschoss, z.B. für Arztpraxen sowie

Tiefgaragenplätze vorzusehen. Bezüglich der Sanierung der Freibäder beantragt er eine Bürgerbefragung durchzuführen.

Oberbürgermeister Albers schlägt bezüglich der Bürgerbefragung vor, dies im Verwaltungs- und Sozialausschuss zu beraten, wobei die SPD-Fraktion ihre Vorstellungen, in welcher Form eine solche Bürgerbefragung durchgeführt werden soll, erläutern soll. Hierzu stellt er Zustimmung fest.

Stadtrat Vollmer möchte, dass das Gebiet „Obere Gaisäcker“ bei den Überlegungen zur Gewinnung weiterer Baugrundstücke einbezogen werde. Der Oberbürgermeister empfiehlt, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen, damit hierüber dann im Stadtentwicklungsausschuss beraten werden könne.

Stadtrat Vollmer verweist auf den abgelehnten Gehweg in Gurtweil und kündigt an, dieses Thema weiter zu verfolgen. Er erkundigt sich außerdem nach dem Erfahrungsbericht zum Info-Flyer, der im Zusammenhang mit dem SPD-Antrag zur sozialen Staffelung der Kindergartengebühren an die Eltern ausgeteilt hätte werden sollen. Oberbürgermeister Albers sagt zu, hierüber durch Frau Reichmann in einer der nächsten Sitzungen berichten zu lassen.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, meint, dass alle im Haushalt 2015 vorgesehenen Investitionen begrüßenswert seien. Er vermisse aber die Darstellung der Finanzierung der Sanierung der Bäder und Stadthalle in der Mittelfristigen Finanzplanung. Er regt an, für das Hallenbad einen Ganzjahresbetrieb einzuführen und hierfür einen Teil des Außengeländes als Liegewiese anzulegen. Außerdem regt er an, wegen der preiswerteren Sanierung und möglicher Zuschüsse in Höhe von 25 %, eines der Freibäder als Naturbad auszuführen. Er stellt den Antrag, 50 % der für die Bädersanierung im jeweiligen Haushalt veranschlagten Mittel über Kredite zu finanzieren, weil dies ein Generationenprojekt sei.

Oberbürgermeister Albers lehnt die Einrichtung eines Ganzjahresbetriebes für das Hallenbad und Einbezug des Außengeländes unter Hinweis auf den Planungsstand und die beabsichtigte baldige Vergabe ab. Falls dies mehrheitlich gewünscht werde, müsste dies exakt geplant werden und eine Liegewiese in die nächste Planungsphase einbezogen werden.

Bezüglich des Antrages, die Sanierungskosten teilweise über Kredite zu finanzieren, schlägt der Oberbürgermeister vor, dies im Verwaltungs- und Sozialausschuss erst für die Haushalte ab 2016 zu diskutieren, weil dies sonst auch in die aktuelle Mittelfristige Finanzplanung aufgenommen werden müsste – hierzu stellt er Zustimmung fest.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, kündigt an, zur Stadthallensanierung ausführlich Stellung zu nehmen, wenn der erste Baubeschluss hierzu gefasst werde. Er äußert außerdem Kritik an den Chilibausgaben von insgesamt 75.000 €. Im Übrigen signalisiert er die Zustimmung seiner Fraktion zum Haushalt.

Bezüglich Chilibausgaben sagt Oberbürgermeister Albers zu, diese nochmals im Zusammenhang mit der Aufhebung der Haushaltssperre darzulegen.

Stadtrat Harald Ebi, FDP-Fraktion, erklärt für seine Fraktion Zustimmung zum Haushalt.

Stadtrat Bernhard Boll, AfD, erachtet das erklärte Ziel, bis zum Jahr 2020 schuldenfrei zu sein, wegen der momentan niedrigen Schuldzinsen als nicht notwendig und meint, dass es sogar sinnvoll wäre, die im Haushalt nicht enthaltenen bzw. zurückgestellten Maßnahmen über Kredite zu finanzieren.

Stadtrat Paul Klahn, DIE LINKE, bemängelt, dass im Haushalt keine Mittel zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an der B 34 enthalten seien. Oberbürgermeister Albers verweist bezüglich der Bundesstraße auf die Zuständigkeit des Bundes und erklärt sich bereit, zu dieser Thematik ein von der Firma Metron erstelltes Verkehrsgutachten in einer der nächsten Sitzungen nochmals darzustellen.

1. Beschluss: (Haushalt)

Der Gemeinderat beschließt den Haushaltsplan für das Jahr 2015 mit den beigefügten Änderungen.

Der Gemeinderat beschließt die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Oberbürgermeister Albers verweist auf die Vorberatung des Wirtschaftsplanes für den Eigenbetrieb Abwasser auf die Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss.

2. Beschluss: (Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung)

Der Gemeinderat beschließt, die Überschüsse aus Vorjahren vorzutragen und vom Gesamtüberschuss von **645.576,81 €** im Jahr 2015 **100.000,00 €** einzustellen und den Rest von **545.576,81 €** auf die Folgejahre vorzutragen.

Der Gemeinderat beschließt die beigefügte Feststellung des Wirtschaftsplans für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2015.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

159.

Ergänzungssatzung für das Grundstück Flst.-Nr. 192/Teil, Oberalpfen: Aufstellungsbeschluss

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst den Aufstellungsbeschluss einer Abrundungssatzung / Ergänzungssatzung für das Grundstück Flst.Nr. 192/Teil im Stadtteil Oberalpfen nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB. Der Abgrenzungsplan ist Bestandteil des Beschlusses

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

160.

Zweite Teilfortschreibung Regionalplan 2000, Windenergienutzung: Stellungnahme der Stadt Waldshut-Tiengen

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Markus Ebi, CDU-Fraktion, erklärt, dass er der Fortschreibung nicht zustimmen könne. Er stellt den Sinn und betriebswirtschaftlichen Nutzen von Windkraftanlagen an den dafür vorgesehenen Standorten unter Hinweis auf die unterdurchschnittliche Windhöffigkeit in Frage. Außerdem weist er deren Nähe zum Berghaus und zu vorhandenen Aussichtspunkten und Spielflächen hin und darauf, dass die betroffene Region durch vorhandene Stromtrassen sowieso schon beeinträchtigt sei. Er begrüße die vorgesehene Reduzierung von 101 ha auf 38 ha, was bemerkenswert sei.

Stadtrat Bernhard Boll, AfD, spricht sich ebenfalls gegen Windräder aus, da der Strom zu Zeitpunkten produziert würde, wo er gar nicht benötigt werde. Der Ausbau der Windkraft sei inzwischen so weit fortgeschritten, dass die vorgesehenen Anlagen nicht sinnvoll integriert werden könnten.

Oberbürgermeister Albers weist auf die vorliegende Stellungnahme und Bedenken der Ortschaft Krenkingen hin, schlägt jedoch vor, den ersten Satz dieser Stellungnahme zu streichen und stellt hierfür Zustimmung fest.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den vorgelegten Entwurf zur 2. Teilfortschreibung des Regionalplans 2000 - Windenergienutzung zur Kenntnis. Als Stellungnahme der Stadt werden die Anregungen der Ortschaftsverwaltung Krenkingen gemäß beigefügter Sitzungsvorlage an den Regionalverband weitergeleitet, wobei der erste Satz dieser Anregungen gestrichen wird.

Abstimmungsergebnis:

25 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

161.

Geschwindigkeitsmessungen:

Bericht über Messungen mit neuem Lasermessgerät

Sachbearbeiterin Barbara Ebner vom städtischen Straßenverkehrsamt erläutert anhand einer Präsentation die Ergebnisse der im Jahr 2014 durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen.

Nach weiterer Erörterung stellt Oberbürgermeister Albers fest, dass der Gemeinderat den Bericht über die Geschwindigkeitsmessungen 2014 gemäß beigefügter Sitzungsvorlage zur Kenntnis genommen hat.

162.

Ausbau Reblandstraße Eschbach:

Information

Oberbürgermeister Albers verweist auf die Sitzungsvorlage.

163.

Spenden

Oberbürgermeister Albers verliest Spenden gemäß beigefügter Zusammenstellung.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Entgegennahme und Weiterleitung der in beigefügter Zusammenstellung aufgeführten Spenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

164.

Bekanntgaben

Darlehen

Der Oberbürgermeister gibt die in der beigefügten Zusammenstellung aufgeführten Darlehensanpassungen bekannt.

165.

Verschiedenes

Fällen von Pappeln am Rheinuferweg Waldshut

Oberbürgermeister Albers informiert darüber, dass es notwendig sei, im Zusammenhang mit dem Bau des Kunstrasenplatzes beim VfB Waldshut, einige Pappeln entlang des dortigen Rheinuferweges zu fällen.

Bauverwaltungsamtsleiterin Roswitha Szymkiewicz erläutert § 33 Bundesnaturschutzgesetz, wonach das Fällen von Bäumen in einem FFH-Gebiet nicht zulässig sei. Die Stadt würde deshalb einen Antrag auf Genehmigung stellen und sie sei zuversichtlich, dass dieser genehmigt werde, weil die dort vorhandenen Hybrid-Pappeln nicht heimisch seien und sogar die Empfehlung bestehe, diese Bäume langfristig zu entfernen, damit andere Gehölze bessere Entwicklungschancen hätten. Sie erläutert das Genehmigungsverfahren und schlägt vor, hierfür ein Gutachten einzuholen. Der Oberbürgermeister stellt fest, dass es zur vorgeschlagenen Verfahrensweise **keine Einwendungen** gibt.

Dritte Spur B 34 – Sachstand

Stadtrat Harald Ebi, FDP-Fraktion, erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich der anhängigen Klagen im Planfeststellungsverfahren für die dritte Spur B 34.

Oberbürgermeister Albers teilt mit, dass er gehört habe, dass in Kürze mit einem Urteil zu rechnen sei.

166.

Fragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.